

Rede von Paul-Henri Spaak (Brüssel, 3. März 1948)

Legende: Am 3. März 1948 hält der belgische Premierminister Paul-Henri Spaak vor der Abgeordnetenversammlung eine Rede, in der er seine Meinung zum Konflikt in Griechenland zum Ausdruck bringt.

Quelle: SMETS, Paul-F. (sous la dir.). La pensée européenne et atlantique de Paul-Henri Spaak (1942-1972). Volume 1. Bruxelles: Goemaere, 1980. 1256 p. p. 115-116.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_paul_henri_spaak_brussel_3_marz_1948-de-8dffbe5b-f77e-4ce8-9f9e-d43fo86e67d7.html



Publication date: 06/07/2016

Rede von Paul-Henri Spaak (3.März 1948)

[...]

Es ist unbestreitbar, dass Griechenland derzeit einen der neuralgischen Punkte dieser Welt darstellt. Das belgische Volk und seine Regierungen haben hierbei immer auf eine Zusammenarbeit zwischen den Großmächten abgestellt, denn eine endgültige Lösung dieses Problems scheint anderweitig nicht möglich. Dieses Problem stellt sich für uns sehr einfach und klar dar. Ich wiederhole, was ich schon in New York gesagt habe: Ich glaube nicht, dass der griechische Bürgerkrieg vom Ausland angezettelt wurde.

Es erscheint mir eher zutreffend, dass dieses Land leider Gottes tief zwischen politischen Parteien gespalten ist, die sich in grundsätzlichen Fragen reiben und unterschiedliche Ansichten verfechten. Es erscheint mir jedoch ebenfalls zutreffend, dass eine Partei in Griechenland ganz klar vom Ausland unterstützt wird. Und als wir in New York die – wie ich betonen möchte – einzig mögliche Vorgehensweise für die Wiederherstellung von Ruhe und Frieden ausarbeiten wollten, mussten wir zu unserer außerordentlich tiefen Enttäuschung feststellen, dass in diesem ausschlaggebenden Punkt keine einvernehmliche Übereinkunft zu erzielen war; wir mussten feststellen, dass ein mit überwältigender Mehrheit der Staaten getroffener Beschluss von einer Gruppe von Staaten abgelehnt wurde, die erklärten, dass sie die Zusammenarbeit mit dieser großen Mehrheit der Nationen ablehnten, sich alle Wege offenhalten wollten und das Problem nach ihrem eigenen freien Ermessen zu regeln gedächten, das heißt also, mit anderen Mitteln als mit denen, die von zwei Dritteln der Vereinten Nationen gutgeheißen worden waren.

[...]